

Sächsische Volkszeitung

Bezugspreis: Einzelabdruck frei Haus Abgabe A mit illustriertem Beilage 12.75 M. Abgabe B 11.25 M.
einfachlich Postbeigabe

Ausgegoren: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familiensanzeigen bis 11 Uhr norm. — Preis für die Seite-Spaltzelle **1,40 M.**, im Reklameteil **3,50 M.**, Familiensanzeigen **1,80 M.** — Für unbedeutlich gehaltene, sowie durch Zeitungsfreier auffassbare Anzeigen können wir die Annahmenrichtlinien nicht anstreben.

Die Zwangsberatung über Deutschland?

Im selben Augenblick, in welchem Frankreich und England einen von französischer Seite bearbeiteten Vorschlag betreffend die Lösung des Wiedergutmachungsproblems in Gestalt einer vorläufigen Festlegung eines fünfjährigen Provisoriums der deutschen Reichsregierung unterbreitet, und im gleichen Moment, in welchem die Regierung unter Verzicht auf ihren Anspruch, nunmehr den Gesamtbetrag der Entschädigungssumme kennen zu lernen, grundsätzlich auf den Boden dieses Vorschlages sich stellt, verbreitet sich einer der neuernannten französischen Minister im Kabinett über seine Pläne gegenüber Deutschland, die auf nichts anderes als auf die Stellung Deutschlands unter Zwangswirtschaft hinauslaufen. Louchot, schon zum zweiten Male Minister für die befreiten Gebiete, hat sich eine Aktion erlaubt, die geradezu darauf angelegt zu sein scheint, die gegenwärtig im Zuge befindliche Annäherung zwischen dem deutschen und dem alliierten Standpunkte zu durchkreuzen. Louchot beklagte sich seinem Auskräger gegenüber über die schlechte Wirtschaft Deutschlands durch immer neue Ausgabe von Papiergeb und meinte, Deutschland werde eines Tages solchen Bankrott erklären und der Entente sagen: Ich kann nicht mehr, nehmt ihr die Leitung in die Hand. Louchot meinte, die Entente werde aber solange gar nicht warten. Und nun entwickelte er seine Pläne gegenüber Deutschland, die auf eine länderlose schroffe Zwangswirtschaft hinauslaufen. Man trifft da alle Momente, die bisher schon in der französischen Presse hinsichtlich einer Finanzkontrolle, vor allem einer Kontrolle und Überwachung der Entente über den Reichshaushalt erörtert worden sind. Louchot will nicht nur „das deutsche Budget in Ordnung bringen“, sondern auch dem deutschen Volke neue Steuern aufzwingen. Er fügte hinzu, „man werde auch für militärischen Eingang der Steinein zu sorgen wissen“. Schließlich sprach Louchot davon, daß Deutschland eine jährliche Leistung von 10 Milliarden Mark aufzubringen werden könne. Und drohend fügte er hinzu, jetzt sei die „Zeit zum Handeln“ gekommen. Man kann an diesen Ausschreibungen nicht vorübergehen, ohne sich auf das einstige mit ihnen zu befreien. Demnach Louchot ist eine der wichtigsten Persönlichkeiten im neuen französischen Kabinett. Darum ist sein Einflussen in die innerdeutschen Beziehungen um so bemerkenswerter. Als Minister für die befreiten Gebiete, müßte ihm, so sollte man meinen, doch die Sorge des eigenen Landes zunächst am Herzen liegen. In Louchots Ausführungen erkennen wir wieder einmal, welcher Front wir uns gegenüber befinden und welche Tendenzen die französische Politik in wirtschaftlichen Dingen verfolgt. Tatsächlich ein Mann wie Louchot die unverhüllte Drohung mit der Anwendung von Gewalt zur Erzielung von deutscher Leistung nicht vermeiden kann, zeigt uns den Geist dieses neuen französischen Kabinetts, das ja auch durch einen Mann wie Barthou als Kriegsminister charakterisiert wird, der allen Ernstes davon schwärmt, die Wirtschaftskontrolle über Deutschland durch die Beschneidung des deutschen Territoriums mit einem von Frankreich direkt nach Polen führenden, durch französische Waffen gesicherten Landweg zu „verstärken“.

fühlte im jüngsten Augenblidc was vom Standpunkte der oberschlesischen Politik, die doch ganz Deutschland angeht, wie auch vom Standpunkte der rein ausländischen Politik so unpolitisch wie nur irgendwie denkbar. Konnten die Herren nicht bis nach der Abstimmungswaag mit diesem Verlust — gescheiterten Gedanken? Man ist nie bloß ver sucht, ihn herzlich dummkopf zu nennen. Anstatt daß auf Bedacht zu nehmen, Oberschlesien in seiner äußerst schwierigen Lage zu unterstützen, führt man auch noch Wasser auf die polnische Agitationsschwäche, die unter Hochdruck arbeitet und sich diesen setzenden Wissen um so weniger entgehen lassen wird, als sie gerade nach dieser Michtung mit allergrößtem Eifer arbeitet. Fast tödlich liest man von anrebllichen Waffenleidungen nach Oberschlesien für aus der Erde gestampfte „deutsche Stoßtruppen“, und daß französische Wissensraum ist so wach geworden, daß dieser Tage sogar ein Waggon voller beschlagnahmten worden ist, daß zum Einschmelzen nach einer oberschlesischen Hütte bestimmt war, will er — Geschüppvertheidigung

Dieses Beispiel ist so drastisch, daß es die ehrlichsten Deutungen zum Nachdenken bringen sollte. Auch der französisch-ministerielle, bei dem starke Streitkräfte im dionysistischen Sinn tätig waren, machte ganz besonders im Hinblick auf Clemen-
tine offensichtlichen Druck.

Evangelische Kirche und die Deutschnationalen

Gebiete die tiefsteien evangelischen Kreise in Rheinland-Westfalen Sachsen, Hannover, West- und Ostpreußen, Schleswig-Holstein, aber auch im ganzen übrigen Reiche neigten zu einer politischen Verständigung mit den Katholiken im Zentrum, haben sich diese bereits angeschlossen oder stehen im Begriffe, es zu tun. Die Deutschen nationalen haben die „Gefahr“ erkannt. In Nr. 12 des „Reichsboten“ vom 8. Januar d. J. also in einem offiziellem Organ erklären sie auf einen Artikel von Otto Timmermann ehemaliger Führer der evangelischen Zentrumskreide es liebe zu befürchten daß weitere Kreise der Evangelischen zum Elterntum des Zentrums Opfer fallen können. So etwa wird in diesem Aufsatz wörtlich gesagt.

Es werden den Deutschenstaaten nicht viele Freiheiten gewährt gemacht. 1. Sie haben die Konfession in die Politik setzen zum Schaden des evangelischen Glaubens. Sie haben ihrer Partei ein exklusiv evangelisches Gepräge gegeben, wodurch eine Verunreinigung mit dem Politischen entstanden ist, wie sie dem evangelischen Glauben widerspricht. (Siehe Generalsekretär und Dr. theol. Ration in seiner Schrift „Was nun?“ Tübingen und Dresden 1919). 2. Sie haben zum Schaden des konfessionellen Friedens die katholische Kirche ihre Dogmen und Einrichtungen fordern zu unerhörtester Weise mit Schmach bestossen. Die protestantischen evangelischen Kreise sind nicht gesonnen, diese Parteimachenschaften zu dulden. 3. Die Deutschnationalen haben die evangelischen Rechtsemanzipanten und Freunde wider besseres Wissen als Vertreter an ihrem Platz zu benennen.

Um die Zukunft Oberschlesiens

Aus Oberösterreich wird uns von einem bekannten Vertreter der katholischen Volkspartei geschrieben:

Bei der vor der Türe stehenden Abstimmung Oberschlesiens — sie dürfte allen Anzeichen nach im März stattfinden — muß vor allem bedacht werden, daß sie nicht entscheidend ist, sondern nur als Informationsmittel für die Entente gilt. Um so wichtiger ist es, daß so viele Stimmen als nur irgendwie aufgebracht werden können, für Deutschland in die Waagschale gelegt werden, denn auf das moralische Element ist um so mehr Rücksicht zu nehmen, als sich in weiter ausländischen Kreisen die Überzeugung haben gebraucht hat, daß die unheilvollen Folgen des Versailler Friedensvertrages sich katastrophal für ganz Europa gestalten würde, falls Oberschlesien Polen zugesprochen werden würde. Auch in den Entente-Kreisen hat diese Einsicht schon mehr oder minder Platz gefunden, besonders in England und dem einen kleinen Hansestaatstaate mit Deutschlands Unterliegen im Weltkrieg verloren gegangen ist.

Frankreich ist daher am meisten zu fürchten, denn nicht allein seine Polenfeindschaft, die bekanntlich nicht erst seit einigen Jahren datiert, sondern weit älter ist, bindet es an Polen, sondern besonders auch die vielen Milliarden, die es in das polnische Geschäft gesetzt hat. Von diesem Gesichtspunkte betrachtet, muß alles vermieden werden, was das Misstrauen Frankreichs bezüglich der deutschen Neutralitätlichkeit irgendwie stärken könnte. Es war daher auch vom rein oberflächlichen Standpunkte gesehen ein großer Fehler, daß die Deutsche Volksparthei ausgerechnet einige Wochen vor der Abstimmung die deutsche Farbenfrage in die Debatte gezogen hat. Selbstverständlich wird der Antrag die Frage, ob Deutschland die alten Farben Schwarz-Weiß-Rot wieder aufnehmen soll oder nicht, eine Volksabstimmung zu unterziehen, im realistischen Sinne ausschöpfend und propagandistisch den übrigen Entente-Mitgliedern gegenüber benutzt werden. Darüber kann um so weniger Zweck bestehen, als ja bereits am 15. d. Mä^s ihnen vom Berliner "Vorwärts" der in Ententekreisen eifrig verfolgt wird, die Rolle daran gestoßen worden ist.

So möglich dieses Mittel auch für die Wahlpropaganda sein mag — für Oberzulstellen könnte es verhängnisvoll werden, wenn der Antrag bestätigt. Die Entflammung für nationale Ge-

Aus dem Reichstage

Period 19-12-2004-1929

Um "mit frischer Kraft" die parlamentarische Arbeit zu fördern, ist nunmehr nach der Weihnachts- und Neujahrspause der Reichstag zum ersten Male im Jahre 1921 wieder zusammenzutreten. Welche Rolle wird das Schicksal in diesem Jahre für das politische Leben des deutschen Volkes bergen, und welche Rolle wird in dieser Schicksalsbestimmung des deutschen Volksvertretens zufallen? Das sind überaus ernste Gedanken, die uns beim Eintritt in diese neue Tagung des Reichstages bewegen müssen".

Zeitung des Reichstages bewegen müssen".
In seiner ersten Sitzung im neuen Jahre rief der Reichstag verhältnismäßig eine gute Beteiligung auf. Die Parteien waren in annäherlicher Stärke vertreten und man sah alle beteiligten Parteiführer an ihrem Platz. Ein sautesches Rehe und Zweibrück als sonst herrichtige schon lange vor Beginn der Sitzung in der Wandelhalle und im Sitzungssaale. Man hörte die regelmäßige Komplimentserwähnung aus, und zwar vollzog sich dieser Brauch selbst nach zwischen Angehörigen verschiedenster Parteien. Es ergaben sich die nämlichen recht brillanten parteiübergreifenden Zusammensetzungen.

Qualität der Wirkung und damit die Rolle des Phänomens. Dr. Stratmanns war daher bestrebt, ebenso wie die anderen drei Beobachter, eine möglichst hohe, d. h. eine möglichst niedrige Schwellenwelle zu erhalten. Dieses war jedoch nicht so einfach, da es eine zufällige Einwirkung auf die Wirkung gab, welche die Wirkung beeinflusste.

Deutlicher Einpruch gegen die Abstimmungsordnung

Berlin, 19. Nov. Die deutsche Regierung hat gegen die von der internationalen Kommission in Oppeln erlassenen Vorschriften für die Abstimmung in Oberschlesien bei der Reichstagskonferenz und den Regierungen in Paris, London und Rom einwahrend begründeten Einspruch erhoben.

In der Note wird zunächst darauf hingewiesen, daß die unter dem 30. Dezember 1930 erlassenen Vorschriften dem Deutschen Reichsministerium in Oppeln erst am 4. Januar 1931 übergeben worden sind. Diese Vorschriften seien erlassen worden ohne daß über ihren Inhalt mit dem deutschen Reichsministerium in Oppeln oder einer der in Oberschlesien vorhandenen Organisationen der Deutschen Landesvereinigung Abstimmungsberechtigten in Verbindung getreten wurde. Auch der vom intercalierten Ausschuß genehmigte partikuläre Regelung sei zufolge überlassen, bei der Auflösung des Abstimmungsausschusses.